

006

004

010

015

055

105

505

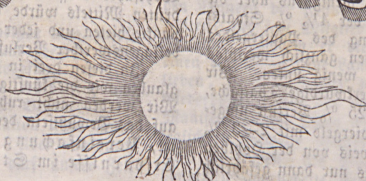
Ende

Anfang



(Probenummer.)

DIE SONNE



Dieses Blatt erscheint, außer Montag, alle Tage zu dem halbjährigen Preise von fl. 1. 48 kr., vierteljährig 34 kr., monatlich 18 kr. Die Einrückungsgebühren betragen für die dreispaltige Zeile 2 kr.

Alle Postämter nehmen Bestellungen an Briefe und Beiträge sind an die Redaktion der Sonne, Kirchstraße Nr. 27, einzusenden. Die Expedition befragt Hr. Carl Meyer, Kirchstraße Nr. 27.

N^o. 2.

Samstag, den 20. Mai

1848.

Die Mittel zur neuen Begründung der Volkswohlfahrt.

Wir haben in unserem gestrigen Blatte den materiellen Fragen, der Basis aller übrigen Ertragschaften, den leitenden Artikel gewidmet und an dessen Schluß behauptet, daß es Mittel gebe, dem allen Handels- und Gewerbsverhältnissen drohenden Nöthen zu begegnen. Angesichts der gänzlichen Rathlosigkeit in Stadt und Land hecilen wir uns, unsere Gedanken darüber auszusprechen. Wenn wir hierbei das Verhalten unseres volkshühlichen Ministeriums in Ansehung der Gewerbe einer Kritik unterwerfen, so geschieht dieß unbeschadet der Achtung, welche wir für die Träger des dormaligen Regierungssystems und für ihren guten Willen hegen. Aber es haben offenbar Unterlassungen stattgefunden, welche wir als Einleitung zu der Darstellung der Mittel, die wir im Auge haben, beleuchten müssen.

Gehen wir zurück zu der Zeit, in welcher jene Männer des Volksvertrauens auf den Bänken der Abgeordneten-Kammer saßen, so finden wir die Hoffnungen aller Bedrängten auf sie gerichtet. Von ihnen und hauptsächlich von ihren Maßregeln in Bezug auf die Presse, die Geschwornengerichte, die Deffentlichkeit und Mühseligkeit und die Nichtlebenständigkeit der Gemeinderäthe erwartete das Volk eine Verbesserung auch seiner materiellen Lage. Dringender traten die Forderungen desselben hervor nach den Bedrängnissen des Jahres 1847, und auf die Spitze traten sie nach den Februarereignissen in Frankreich. Die Wucht der Umstände brachte nun eben die Männer, mit welchen das Volk Hoffnungen in geistiger und leiblicher Beziehung zusammenhängen, an die Spitze der staatlichen Geschäfte.

Eine merkwürdige Pause trat nun ein in den Forderungen und Wünschen des Volkes. Man muß den neuen Ministern Zeit lassen, sich zu orientiren, bevor man auf Ausführung größerer Maßregeln dringt, so lautete die Antwort auf Fragen, die da und dort sich erhoben. Selbst damit, daß die bereitwillige Dienerei des früheren Systems, die Kammer nicht aufgelöst, sondern mit der Berathung und Beschlußnahme über sehr wichtige Gesetzesentwürfe betraut wurde, verböhnte sich das Volk. Auch eine Bemerkung des Herrn Staatsrath v. Römer in seiner Antrittsrede an die Ständekammer, daß die Regierung den Zustand der Gewerbe für ziemlich hoffnungslos halte, und die Meinungen für ihre Aushilfe sehr getheilt seyen, wurde von den Gewerbetreibenden geduldig ertragen, indem sie annahmen, es werde dem guten Willen der Regierung bald gelingen, eine klare und tiefe Einsicht in die Lage der Dinge zu gewinnen, und Hunderttausenden von Staatsangehörigen wenigstens ein erträgliches Paleten, eine Festung des Lebens bis auf bessere Zeiten zu gewähren.

Woche um Woche ging seitdem vorüber, die Handels- und Gewerbetreibenden mit den höchsten Belegenheiten überhäufend. Man sah inzwischen neben dem postfischen Treiben der Außenwelt auch auf die handelspolitischen Maßregeln anderer Regierungen, und merkte sich die Bedingung, die der preussische Minister Hanjemann an seinen Eintritt knüpfte, daß ihm zur Unterstützung für Handel, Industrie und Ackerbau 25 Millionen Thaler zur Verfügung gestellt werden. Auch in Sachsen wurde ähnliche Vorsorge getroffen, und selbst Baiern wies neulich seine Staats-

kassen an, den bedrängten Fabriken mit baaren Mitteln zu Hilfe zu kommen.

Es ist nun gewiß nicht aus der Luft gegriffen, wenn wir in Württemberg anfangen zu fragen, ob die frankten Gewerbe, deren Wichtigkeit erst fühlbar werden wird, wenn sie einmal ganz aufhören sollten, nicht einmal einer Arznei werth sind, um sie wenigstens vor völligem Untergang so lange als möglich zu wahren? Die preussischen Gewerbsleute sind obnedies den unrigen an Kapitalkraft und Abfahgelegentheit überlegen; soll ihnen nun die Hilfe ihrer Regierung noch als besondere Waffe dienen gegen uns? Wir glauben, daß die Verbindung, in welcher wir durch den Zollverein mit Preußen stehen, unserer württembergischen Regierung eine doppelte Veranlassung geben sollte, uns mit so starken Concurrenten wenigstens in Einer Beziehung auf gleichen Fuß zu stellen!

Wenn wir nach den Gründen forschen, warum man in Württemberg trotz der allbekannten Dringlichkeit der Umstände dennoch so lange zögert, jene Schritte zollvereinteter Staaten nachzuahmen, so scheint uns der Grund darin zu liegen, daß die bisherigen Träger der liberalen Ideen ihre Aufmerksamkeit von seher mehr auf die Gesetzgebung als auf die Bedürfnisse des Völklerlebens selbst gerichtet haben. Hierzu kommt, daß das frühere System nur in seiner Spitze verändert wurde, während es in fast allen Gliedern der Staatsmaschine noch fortlebte und für jede Neuerung eine Art von Hemmschuh bildet. Ebenso ist in Anschlag zu nehmen, daß der Ausschuß der Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe, dem der jetzige Vorstand des Ministeriums des Innern früher angehörte, und bei welchem die Regierung von seher in gewerblichen Fragen sich Rathes zu erholen pflegte, zwar Männer der Wissenschaft und des guten Willens enthält, aber keine hervorragenden nationalökonomischen Fähigkeiten. Namentlich sind es die Herren Moriz Mohl, Carl Dfertaag und Stadtrath Sid, welche zwar durch schätzenswerthen Eifer für vaterländische Zwecke sich auszeichnen, aber theils durch übersprudelnde Theorie, theils durch Mangel an umfassender Kenntniß der gewerblichen Zustände und ihres Zusammenhangs unter einander, mit dem besten Willen nichts Großes, Praktisches vorschlagen können. Einen schlagenden Beweis hiefür finden wir in dem Bankprojekt, das Herr Carl Dfertaag in der letzten Gewerbevereins-Sitzung entwickelte. Wir behalten uns die Beleuchtung desselben in einem besonderen Artikel vor und bemerken nur, daß Herr Dfertaag 30,000 fl. zum Anlage- und Betriebskapital, und 200 fl. als das Maximum der Aushilfe vorschlägt.

Aus der Berathung mit solchen bedächtigen Männern, unter welche wir auch den Herrn Banquier Federer rechnen, scheint die Zögerung unserer Staatsregierung in Ansehung der Maßregeln für die Gewerbe hervorzugehen, wodurch diese bis an den Rand der Auflösung bereits hinausgetrieben sind.

Nach Besprechung dieser Umstände schreiten wir nun zu der Darstellung der Mittel, welche die Staatsregierung hätte anwenden sollen und nicht angewendet hat, und welche die Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe und die Handelskammern hätten vorschlagen sollen, aber nicht vorgeschlagen haben.

In erster Reihe ist dieß: die Vermehrung der Circulations-